



Sozialpolitische Positionen

zur Kommunalwahl am

14. September

Für Chancengerechtigkeit
und sozialen Zusammenhalt
im Kreis Düren



Bitte gehen Sie wählen!

Kommunalwahl am
14. September 2025

Für Chancengerechtigkeit
und sozialen Zusammenhalt
im Kreis Düren

OHNE DICH
WIRD'S NIX



Die **Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege** im Kreis Düren ist der Zusammenschluss der örtlich zuständigen Gliederungen der in der „Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen“ zusammengeschlossenen Verbände.

Wir repräsentieren in besonderer Weise das zivilgesellschaftliche Engagement in der sozialen Arbeit und übernehmen sozialpolitische Verantwortung vor Ort. Wir sichern mit unseren vielseitigen sozialen Angeboten und unseren unterschiedlichen jeweiligen weltanschaulichen und konfessionellen Werten die Trägervielfalt für die Bürgerinnen und Bürger. Wir verstehen uns darüber hinaus als Anwalt für die Anliegen benachteiligter Menschen.

Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft ist Ausdruck unseres Ziels, uns gemeinschaftlich für die Belange benachteiligter Menschen im Kreis Düren einzusetzen und für diese Verantwortung zu übernehmen.

Zu unserer Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren gehören diese Mitglieder:

Arbeiterwohlfahrt

Kreisverband Düren e.V.



Caritasverband

für die Region Düren-Jülich e.V.



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

LV-NRW e.V., Kreisgruppe Düren



Deutsches Rotes Kreuz

Kreisverband Düren e.V.



Deutsches Rotes Kreuz

Kreisverband Jülich e.V.



Diakonisches Werk

des Kirchenkreises Jülich



Diakonisches Werk

der Evangelischen Gemeinde zu Düren



Weitere Informationen über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren finden Sie auf der Internetseite.

Gemeinsam. Sozial. Für NRW. Sie haben die Wahl – am 14. September!

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Vertretungen aller Städte, Gemeinden und Kreise sowie die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister gewählt werden. Für die Bürgerinnen und Bürger besteht damit die Gelegenheit, Einfluss auf die weitere Entwicklung unserer Kommunen und unseres Kreises zu nehmen.

Mit einer solchen Wahl werden immer neue Weichen gestellt für die Ausrichtung der Politik in den nächsten Jahren. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren setzt sich dabei dafür ein, dass soziale Themen, die uns hier vor Ort in den Städten und Gemeinden besonders betreffen, mit in den Fokus gerückt werden. Wir haben daher insgesamt **neun soziale Themen** ausgewählt, bei denen wir im Kreis Düren besonderen Handlungsbedarf sehen.

Besonders interessant ist es dazu natürlich, welche Meinungen und politischen Pläne die einzelnen Kandidaten und Parteien aus dem demokratischen Spektrum zu diesen sozialen Themen haben. Insgesamt kandidieren mehrere Hundert Menschen für die verschiedenen Ämter und Räte im Kreis und in den 15 Städten und Gemeinden. Dahinter stehen entsprechend Dutzende von Parteien, Wählervereinigungen und Einzelbewerbern.

Alle diese Menschen und Organisationen zu Wort kommen zu lassen, ist in einer Broschüre wie dieser natürlich unmöglich. Wir mussten die Anzahl der Beiträge daher erheblich beschränken und haben diejenigen Parteien um eine Einschätzung zu unseren sozialen Fragen gebeten, die in allen oder zumindest fast allen Wahlkreisen der 15 Städte und Gemeinden unseres Kreises Kandidaten aufgestellt haben. Die Parteien haben dann entschieden, welche ihrer Kandidatinnen und Kandidaten jeweils die einzelnen neun unserer sozialen Fragen beantworten. Diese kurzen Antworten finden Sie ebenfalls auf den folgenden Seiten. **Diese Broschüre kann und will entsprechend keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern beispielhaft unsere sozialen Fragen und mögliche politische Ansätze hierzu in den Blickpunkt lenken.**

Der Wahltag ist in der Demokratie ein besonderer Tag. Wir haben das Recht zu wählen und sollten davon Gebrauch machen! Wir sollten unsere Zukunft aktiv mitgestalten und dazu gehört es aus Sicht der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege unbedingt, Einfluss darauf zu nehmen, dass Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt politisch gestärkt werden. Deshalb setzen wir die sozialen Themen in den Mittelpunkt dieser Broschüre zur Kommunalwahl.

**Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und geben Sie am 14. September Ihre Stimme ab!
Für unsere Städte und Gemeinden. Für soziale Fragen. Für die Solidarität
in unserem Land.**



Position 1

Subsidiarität und Trägervielfalt

Wir, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren, stehen auch künftig für sozialen Ausgleich und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als unabhängige Träger übernehmen wir Verantwortung für soziale Aufgaben – partnerschaftlich mit den Kommunen und geleitet von religiösen, humanitären und gesellschaftspolitischen Werten.

Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip: Es sichert Vielfalt und räumt freien Trägern Vorrang ein, wenn diese Aufgaben ebenso gut oder besser erfüllen können. Damit dies gelingt, braucht es langfristige Planungssicherheit, verlässliche Kooperation sowie eine ausreichende Finanzierung durch die öffentliche Hand.

Unsere vielfältigen, gemeinnützigen Angebote stehen allen offen, sichern Wahlfreiheit und leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Daseinsvorsorge.

Wir bringen eigene Mittel, Spenden und ehrenamtliches Engagement ein – ein Mehrwert, den wir der Gesellschaft bereitstellen.

Wir beziehen Stellung zu sozialen Herausforderungen und wollen Politik aktiv mitgestalten – auf Augenhöhe. Für eine starke soziale Infrastruktur braucht es echte Partnerschaft. Wir sind bereit. Sie auch?



SPD

Freie Träger sind ein wichtiger Teil unserer sozialen Infrastruktur. Sie bringen Erfahrung, Vielfalt und Nähe zu den Menschen mit. Diese Trägervielfalt wollen wir erhalten. Politik und Verwaltung sollen freie Träger unterstützen – mit Planungssicherheit, fairer Finanzierung und klarer Anerkennung ihrer Rolle im Sozialstaat.

Max Dichant / *kandidiert als Landrat*



Die Freie Wohlfahrtspflege ist essenziell für eine stabile soziale Infrastruktur und ermöglicht individuelle Versorgung durch Wahlfreiheit. Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip, für Vielfalt und verlässliche Kooperation. Sozialleistungen müssen zu fairen Bedingungen erbracht werden. Dabei stellen wir eine langfristige Planung, Kooperationen und angemessene Finanzierung in den Mittelpunkt, um soziale Angebote für alle zugänglich zu machen - für eine gerechte und solidarische Gesellschaft!

Chris Andrä / *kandidiert als Bürgermeister in Langerwehe*



Die FDP bekennt sich klar zum Subsidiaritätsprinzip und zur Vielfalt freier Träger. Planungssicherheit, verlässliche Kooperation und solide Finanzierung sind für uns Grundlage starker sozialer Strukturen. Wir setzen auf partnerschaftliche Zusammenarbeit, effiziente Mittelverwendung und den Abbau von Bürokratie, damit Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Freie Demokraten
FDP

Andrea Wolff / *kandidiert für den Kreistag*



Mein Wertefundament ist die kath. Soziallehre mit ihren Prinzipien der Personalität, der Subsidiarität und der Solidarität.

Die Kommunen haben ihre Kitas auf den Kreis übertragen und der Zubau erfolgt v.a. über die Kreismäuse AöR. Bei nicht auskömmlichen Kita-Pauschalen braucht es ein gemeinsames Einstehen für die Übernahme von Trägeranteilen und angemessene Mietkostenzuschüsse. Hier ducken sich politische Mitbewerber weg. Bei der Umsetzung der OGS darf sich der Vorgang nicht wiederholen. Wir stehen zur Fortführung der Zuschüsse an die freien Schulträger.

Dr. Ralf Nolten / *kandidiert als Landrat*

CDU



www.wohlfahrt-dueren.de



Position 2

Wohnen mit Zukunft im Kreis Düren

Vor dem Hintergrund, dass vor allem bezahlbarer Wohnraum in der Region immer knapper wird, erwarten wir ein besonderes Engagement der Kommunen zu dieser Thematik, beginnend mit einem kommunalen Wohnkonzept, das zielgerichtetes, strategisches wohnungspolitisches Handeln sicherstellt.

Hilfreiche Optionen eines solchen Konzeptes können sein:

- die flexible und zügige Vergabe von Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau,
- Vorgaben zum Anteil des geförderten Wohnungsbaus bei neu aufzustellenden Bebauungsplänen,
- Vergabe von kommunalen Grundstücken an gemeinnützige Bauherren, auf Erbpachtbasis oder vergünstigt für die Schaffung sozialen Wohnraums mit längeren Bindungen,
- der Zwischenerwerb baureifer Grundstücke zwecks Steuerung der künftigen Bebauung.
- Bei der Schaffung neuen Wohnraums sollte der zunehmende Bedarf an barrierefreiem, inklusivem Wohnen berücksichtigt und durch die Bauaufsichtsbehörden gut überwacht werden.
- Soziale Einrichtungen müssen vor Verdrängung geschützt werden. Für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder die schon wohnungslos sind, muss ein gutes soziales Netzwerk greifen. Dazu gehören Unterstützungen im Sozialraum, Fachberatungsstellen, Streetworker, ambulante und stationäre Angebote und eine Notversorgung mit klaren Mindeststandards.
- Bei der Festlegung der Angemessenheitsgrenze für die Kosten der Unterkunft muss eine Klima- und Energiekostenkomponente berücksichtigt werden, so dass auch energetisch modernisierte Wohnungen für Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger bezahlbar bleiben. Geförderte Wohnungen sollten grundsätzlich als angemessen gelten. Zu einem zukunftsfähigen Wohnkonzept gehören auch die bessere und möglichst kostenfreie ÖPNV-Anbindung, die Förderung neuer Wohnformen, die Schaffung von Begegnungsorten, der Ausbau der ambulanten Pflegeversorgung und die Sicherung der wohnortnahen Versorgung.

CDU

Wir brauchen für Auszubildende, Studierende, junge Familien, Alleinerziehende oder ältere Menschen Geschosswohnungsbau, den Bau von Eigenheimen und Mietwohnungen. Die im Jahr 2024 neu gebauten knapp 1.000 Wohnungen im Kreis Düren sind eindeutig zu wenig – klare Zielvorgabe: 5 pro Tag. Das geht nur mit den Kommunen – die Bauleitplanung liegt bei ihnen. Digitalisierung der Bauverwaltung, Schnellcheck der Unterlagen, bessere Begleitung von Bauwilligen wie Investoren verkürzen Genehmigungsverfahren.

Dr. Ralf Nolten / *kandidiert als Landrat*



Bezahlbares Wohnen ist Grundrecht. Kommunen müssen sozialen Wohnraum schaffen und erhalten. Niemand darf verdrängt werden – auch soziale Einrichtungen nicht. Barrierefreie, inklusive und klimagerechte Wohnungen müssen Standard werden. Menschen in Not brauchen Schutz, Beratung und eine sichere Unterkunft.

Max Dichant / *kandidiert als Landrat*

SPD

Als Grüne stehen wir für eine konsequent soziale und nachhaltige Wohnungspolitik. In der Stadt Düren konnten wir bereits eine Sozialwohnungsquote von 30 % durchsetzen – das muss Vorbild für andere Kommunen im Kreis sein. Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wollen wir gezielt Baulücken im Kreis schließen – weil bereits erschlossene Grundstücke günstiger bebaut werden können und keine zusätzlichen Flächen versiegelt werden. Dabei wollen wir auch die rechtlichen Möglichkeiten in angespannten Wohnungsmärkten nutzen.



Andi Krischer / *kandidiert als Landrat*

Bezahlbarer Wohnraum ist zentral. Wir setzen auf ein kommunales Wohnkonzept mit klarer Strategie: schnellere Genehmigungen, gezielte Förderung und Nutzung von Erbbaurechten. Barrierefreiheit, soziale Vielfalt und Schutz von Einrichtungen sind uns wichtig. Wohnungslose erhalten gezielte Hilfe, Begegnungsorte und ÖPNV-Anbindung stärken die Quartiere. Wir handeln partnerschaftlich und effizient.

Clemens Schüssler / *kandidiert für den Kreistag*



Freie Demokraten
FDP



www.wohlfahrt-dueren.de



Position 3

Endlich Chancengerechtigkeit für Frauen herstellen



Noch immer sind Frauen in unserer Gesellschaft an vielen Stellen benachteiligt. In gehobenen Positionen, auch in der Verwaltung und in Aufsichtsräten, sind Frauen nicht gleichermaßen anzutreffen wie Männer. Und trotz bester Ausbildung stehen sie noch immer unter dem Gehaltsniveau der Männer. Dieses Problem muss offensiver angegangen werden!

Frauen stehen auch weiterhin überwiegend stärker als Männer in der doppelten Herausforderung von Beruf und Versorgung von Kindern und Pflege der eigenen Eltern.

Ebenso bleibt die Prävention der häuslichen Gewalt als gesellschaftspolitisches Ziel auf der Agenda, z.B. durch die Stärkung des Selbstbewusstseins und die finanzielle Selbständigkeit der Frauen, aber auch durch Angebote für die Täter/Männer. Vor allem bleibt es aber nach wie vor erforderlich, dass im Kreis Düren ausreichend Plätze in Frauenhäusern kurzfristig bei Bedarf zur Verfügung stehen, die einen angemessenen Ort des Rückzugs und der Sicherheit bieten können.

Chancen- gerechtigkeit ist für uns sehr wichtig. Wir setzen auf gleiche Karriere- und Verdienstchancen für Frauen, fördern flexible Arbeitsmodelle und den Ausbau von Betreuungsangeboten. Frauenhäuser sind unverzichtbar; ihr Erhalt und Ausbau bleiben wichtig. Prävention gegen häusliche Gewalt, Stärkung der Selbstständigkeit von Frauen und Angebote für Täter sind Teil unseres liberalen Verständnisses von Freiheit und Sicherheit.

Andrea Wolff / *kandidiert für den Kreistag*



Berufliche Gleichstellung ist mir als langjährigem Mitglied der Gleichstellungskommission eines großen Unternehmens sehr wichtig. Darauf werde ich als Verwaltungschef achten. Es braucht dazu ein breites und verlässliches Betreuungsangebot. Die CDU hat sich als einzige Fraktion uneingeschränkt zur Kita-Beitragsfreiheit bekannt. Zur sexualisierten, häuslichen Gewalt: Vereine wie „Frauen helfen Frauen“, Goldrute u.a. brauchen eine dauerhafte Finanzierung. Teilhabe ist mehr als Listenplatzparität.

Dr. Ralf Nolten / *kandidiert als Landrat*

CDU



Gleichstellung darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Frauen brauchen faire Bezahlung, sichere Aufstiegschancen und gute Betreuung für ihre Kinder. Ein neues Frauenhaus mit Platz für Mütter und Kinder ist überfällig. Gewalt gegen Frauen muss früh erkannt, verhindert und konsequent bekämpft werden.

SPD

Max Dichant / *kandidiert als Landrat*

Wir setzen uns mit Nachdruck für Chancengerechtigkeit und Gleichstellung von Frauen ein. Durch offene Ganztagseschulplätze und die weitgehende KITA Beitragsfreiheit im Kreis Düren, werden Frauen entlastet und wir fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Prävention häuslicher Gewalt ist unser Anliegen. Beratungsstellen wie Frauen helfen Frauen und Goldrute e.V. werden von uns unterstützt. Unser Ziel ist es, eine gerechtere und sichere Gesellschaft für alle Geschlechter zu schaffen.

Astrid Hohn / *kandidiert als Bürgermeisterin in Kreuzau*



Position 4



Inklusion wagen

Ein inklusives Miteinander beginnt mit Barrierefreiheit und echter Teilhabe. Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf selbstbestimmtes Wohnen, Zugang zu Kultur und Freizeit sowie politische Mitbestimmung – doch vielerorts bestehen weiterhin Hindernisse.

Veranstaltungen, Freizeitangebote und auch Verwaltungsprozesse müssen verständlich und zugänglich für alle gestaltet sein – durch Leichte Sprache, Gebärdensprachdolmetscher, digitale Barrierefreiheit und geschulte Mitarbeitende.

Teilhabe bedeutet auch Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür braucht es eine stärkere Vernetzung von Werkstätten, Trägern und Unternehmen – sowie die Öffnung politischer Gremien für Menschen mit Behinderung. Beratungsgremien wie der Inklusionsbeirat sind ein Anfang, aber echte Beteiligung braucht Mitspracherecht.

Betroffene Eltern, die feststellen, dass die Entwicklung ihres Kindes schwierig verläuft, sollten frühzeitig Unterstützung und Beratung erhalten, dies gilt auch zum Thema Schule.

Eine inklusive Gesellschaft gelingt nur, wenn niemand ausgeschlossen wird.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Im Kreis Düren wurde die erste Inklusionsbeauftragte eingeführt, um die Teilhabe von Menschen mit Handicap zu fördern. Sie unterstützt den Inklusionsbeirat, der sich für Barrierefreiheit in Mobilität und Sprache einsetzt und vor Entscheidungen konsultiert wird. Die Finanzierung erfolgt über ein Landesmodellprojekt, bei dem Düren einer von drei Kreisen in NRW ist. Öffentliche Stellen sind geplant, um Menschen mit Einschränkungen zu beraten. Gemeinsam machen wir diese Vision wahr!

Andi Krischer / kandidiert als Landrat



Inklusion ist für uns gelebte Freiheit. Wir setzen auf Barrierefreiheit, leichte Sprache, digitale Zugänglichkeit und geschulte Verwaltung. Teilhabe am Arbeitsmarkt fördern wir durch Vernetzung von Werkstätten, Trägern und Unternehmen. Politische Gremien sollen Menschen mit Behinderung stärker beteiligen. Frühzeitige Beratung für Eltern bleibt zentral. Unser Ziel: ein selbstbestimmtes Leben ohne Hürden für alle.

Klaus Breuer / kandidiert als Spitzenkandidat für den Kreistag

**Freie
Demokraten
FDP**



Mehr öffentlich geförderter Wohnungsbau hilft auch Menschen mit Behinderungen ihr passendes Zuhause zu finden. Wir stehen zu den Förderschulen, aber auch zu den Heilpädagogischen und integrativen Kitas im Kreis. Statt Integrationshelfer für einzelne Kinder befürworte ich den Inklusionsassistenten in einer Klasse. Der Kreis Düren ist mit seinem Modellprojekt Vorreiter. Es braucht mehr Bemühungen in Richtung leichter Sprache – auf der Webseite, bei Formularen und Veranstaltungen.

CDU

Dr. Ralf Nolten / kandidiert als Landrat



Inklusion bedeutet: Alle gehören dazu. Barrierefreiheit muss überall mitgedacht werden – bei Gebäuden, Veranstaltungen und im Netz. Menschen mit Behinderung sollen mitreden, mitentscheiden und mitgestalten können. Kinder mit Förderbedarf brauchen früh gute Unterstützung – auch in Schule und Freizeit.

Max Dichant / kandidiert als Landrat



SPD

www.wohlfahrt-dueren.de



Position 5

Leben mit Armut und Arbeitslosigkeit

Armut schränkt die Teilhabemöglichkeit am gesellschaftlichen Leben ein, ist ein Gesundheitsrisiko und reduziert die Zukunftschancen der betroffenen Kinder und Erwachsenen. Armut ist ein Stressfaktor für Familien, der sich auf die Kinder auswirkt.

Um Kinder und Jugendliche zu fördern braucht es:

- Bedarfsgerechten Zugang der ärmeren Kinder zu Kita und OGS
- Frühe ressourcenorientierte Unterstützung durch spezifische Angebote in den benachteiligten Quartieren
- Schulsozialarbeit
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Schulverweigerer, im Übergang von Schule zu Arbeit und für arbeitssuchende Erwachsene
- Förderung von Selbsthilfe und Engagement der von Armut betroffenen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, um Diskriminierung entgegen zu wirken und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu stärken
- Nutzung der Ermessensspielräume bei Leistungen
- Unterstützung bei unrechtmäßigen, benachteiligenden Wohnverhältnissen

Die Kommunen sollten sich für bedarfsgerechtere Leistungen stark machen.

SPD

Armut grenzt aus. Wir brauchen bessere Beratung, faire Chancen auf Arbeit und gute Hilfen für Kinder und Familien. Sanktionen und Hürden helfen nicht – sondern Perspektiven, Bildung und bezahlbares Wohnen. Niemand darf zurückgelassen werden – auch nicht in der digitalen Welt.

Max Dichant / kandidiert als Landrat



Im Kreis Düren haben wir Familienzentren in Kitas eingerichtet, um Eltern niedrigschwellig zu unterstützen. Wir fördern kommunale Ernährungsprogramme in Schulen, Kitas und Senioreneinrichtungen und bauen in Vettweiß eine Großküche für gesundes Essen. Wir haben dafür gesorgt, dass an jedem Berufskolleg mehrere Schulsozialarbeiter*innen tätig sind, die den Schüler*innen in schwierigen Lebensphasen direkt als Fachkräfte zur Verfügung stehen. Diese Angebote wollen wir erhalten und weiter ausbauen.

Astrid Hohn / kandidiert als Bürgermeisterin in Kreuzau



Armut darf Teilhabe nicht verhindern. Wir setzen auf frühe Förderung in Kita und OGS, gezielte Unterstützung in benachteiligten Quartieren und mehr Schulsozialarbeit. Beratung für Schulverweigerer, beim Übergang in Arbeit und für Arbeitssuchende ist uns wichtig. Wir stärken Selbsthilfe, nutzen Ermessensspielräume und bekämpfen diskriminierende Wohnverhältnisse.

Ziel: Chancen statt Abhängigkeit, Eigenständigkeit statt Ausgrenzung.

Klaus Breuer / kandidiert als Spitzenkandidat für den Kreistag

Freie Demokraten
FDP



Kita-Beitragsfreiheit und einen bedarfsdeckenden Ausbau der Kita-Plätze, wie wir ihn im Kreis Düren bei den über 3-jährigen bereits erreicht haben sind ebenso zentral wie die frühen Hilfen. Wir brauchen unsere multiprofessionellen Teams an den Schulen für bessere Übergänge von Schule in den Beruf. Fördermaßnahmen, wie sie von der job-com vermittelt werden, bedürfen ständiger Weiterentwicklung. Gut bezahlte Arbeit über aktive Ansiedlungs- und Wachstumsstrategien verhindern Armut langfristig.

Dr. Ralf Nolten / kandidiert als Landrat



CDU

www.wohlfahrt-dueren.de



Position 6

Migration aktiv gestalten

Die Migrationsarbeit ist gesellschaftlich ein Thema von großer Relevanz und hat bei den Wohlfahrtsverbänden einen hohen Stellenwert. Um die Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen, bedarf es koordinierter Hilfen, wie insbesondere Beratung, Unterstützung, die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und Unterstützung des sozialen Engagements.

Die Wohlfahrtsverbände sind verlässliche Partner der Kreise und Kommunen. Die Zusammenarbeit des Kommunalen Integrationszentrums mit den Wohlfahrtsverbänden ist als positiv zu bewerten. Neben der großen Erfahrung und Fachexpertise in der Migrationssozialarbeit bieten die Wohlfahrtsverbände vor allem Unabhängigkeit in der Beratung der Zugewanderten und Unterstützung der Aufnahmegesellschaft.

Wir fordern daher, dass Trägervielfalt und Subsidiarität unbedingt erhalten bleiben müssen, dass die Freie Wohlfahrt als verlässliche Sozialpartnerin wahrgenommen wird, die gemeinsam mit Kreis und Kommunen eine zukunftsfähige Integrationspolitik lebt, modernisierte Wohnungen für Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger bezahlbar bleiben. Geförderte Wohnungen sollten grundsätzlich als angemessen gelten. Zu einem zukunftsfähigen Wohnkonzept gehören auch die bessere und möglichst kostenfreie ÖPNV-Anbindung, die Förderung neuer Wohnformen, die Schaffung von Begegnungsorten, der Ausbau der ambulanten Pflegeversorgung und die Sicherung der wohnortnahen Versorgung.

CDU

Viele private und durch vorhandene Strukturen gestützte Initiativen haben in den vergangenen Jahren dankenswert und in beeindruckender Weise ihr Mögliches getan - bis an ihre Grenzen. Staatliche Unterstützungsstrukturen kamen spät(er), sind z. B. im Bereich psychisch kranker Geflüchteten bis heute noch ausbauwürdig. Qualifizierte Flächenzuweisungen an die Kommunen zur Schaffung von Wohnraum, Abbau von bürokratischen Vermittlungsvorgaben für den Arbeitseinstieg bleiben gefordert.

Dr. Ralf Nolten / *kandidiert als Landrat*



Integration ist eine gemeinsame Aufgabe. Sprache, Bildung, Arbeit und Begegnung sind der Schlüssel. Freie Träger leisten viel – das muss unterstützt werden. Integration braucht gute Beratung, offene Orte und klare Regeln. Vielfalt ist Realität – wir gestalten sie mit Respekt und Zusammenhalt.

Max Dichant / *kandidiert als Landrat*

SPD

Wir fördern die schnelle Integration im Kreis Düren durch Willkommensberatung, Begegnungsorte, Unterstützung bei Bildung und Arbeit. Geflüchtete sollen zügig Arbeitserlaubnisse erhalten, um selbstständig zu werden. Mit der Umsetzung der im Kreis Düren unterzeichneten Charta der Vielfalt werden wir attraktiver für Fachkräfte. Wir unterstützen Selbstorganisationen von Migrant*innen und stärken die gesellschaftliche Teilhabe, um Integration und Zusammenhalt zu fördern. Gemeinsam stark!



Chris Andrä / *kandidiert als Bürgermeister in Langerwehe*

Migration sehen wir als Chance.

Unser Ziel: Integration durch Bildung, Sprache, Arbeit und Werte. Mit einem digitalen, effizienten Wohnkonzept schaffen wir schnellen, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum. Fördermittelvergabe beschleunigen wir, setzen auf private wie gemeinnützige Akteure und stärken soziale Netze gegen Wohnungslosigkeit. So entstehen Freiheit, Teilhabe und neue Perspektiven für alle im Kreis Düren.

Patrick L. Schunn / *kandidiert für den Kreistag*

Freie Demokraten
FDP



www.wohlfahrt-dueren.de



Position 7

Gute Angebote für Kinder und Jugendliche

Die Betreuung von Kindern in der KiTa und der Offenen Ganztagsschule eröffnet nicht nur den Eltern, beruflich tätig zu sein und das Familieneinkommen zu sichern, sie ist auch ein wichtiger Baustein für die Herstellung der Chancengleichheit durch Bildung.

Aber der Rechtsanspruch der Kinder unter drei bzw. unter zwei Jahren erfordert eine Aufstockung der vorhandenen Betreuungsplätze. Hierzu sind weitere Investitionen in Gebäude und Ausstattung notwendig, die von den freigemeinnützigen Trägern nicht gestemmt werden können. Problematisch gestaltet sich auch die Gewinnung von Fachkräften in einem Beruf mit anspruchsvoller Ausbildung, aber schlechten Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten. Hier sind vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung des Images, zur Steigerung der Ausbildungsplätze und zur Erhöhung der Gehälter notwendig!

Wir unterstützen den Rechtsanspruch zur Offenen Ganztagsbetreuung. Wichtig sind uns hierbei gute Qualitätsstandards bezogen auf die finanzielle, räumliche und personelle Ausstattung und die Erweiterung des Angebots um individuelle Fördermaßnahmen, durchgeführt von Personal mit unterschiedlichsten Qualifikationen.

Einbindung in ein soziales Netz, niederschwellige Beratung, soziales Lernen und sinnvolle Freizeitgestaltung, all dies bieten die örtlichen Jugendheime unter fachlicher Leitung. Dieses Angebot halten wir weiterhin für sinnvoll und erhaltenswert!

Um ein besseres Betreuungs- und Beratungsangebot für die Familien zu gewährleisten, sollten die Jugendämter personell gut ausgestattet sein und die Beratungsangebote der freien Träger weiter unterstützt werden.

Früh- kindliche Bildung ist Schlüssel für Chancen und Freiheit. Wir setzen auf den Ausbau von Kita- und OGS-Plätzen, flexible Öffnungszeiten und moderne Ausstattung. Fachkräfte gewinnen wir durch bessere Ausbildungsperspektiven und attraktive Bedingungen. Jugendangebote und freie Träger stärken wir, um Beratung und Freizeitangebote zu sichern. Ziel: Bildung, Teilhabe und Eigenständigkeit von Anfang an.

Lena Spillner / *kandidiert für den Kreistag*



Mit dem Neubau des Nelly-Pütz-Berufskollegs setzt der Kreis mit der größten je durch ihn getätigten Einzelinvestition ein klares Zeichen in Richtung angehender Erzieherinnen und Sozialarbeitern: wir brauchen Euch! Ihr seid es uns wert! Der Ausbau der OGS-Plätze ist für die Kommunen nicht nur eine finanzielle Herausforderung: wir unterstützen sie durch eine abgestimmte Jugendhilfeplanung und das Kommunale Bildungsbüro, aber auch durch unsere mobile Jugendarbeit „Die wilde 13 2.0“ und „ninJA“.

Dr. Ralf Nolten / *kandidiert als Landrat*

CDU



Kinder brauchen verlässliche Betreuung, gute Bildung und echte Teilhabe. Mehr Kita- und OGS-Plätze, mehr Fachkräfte, bessere Arbeitsbedingungen – das ist nötig. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss gestärkt werden. Jugendämter und freie Träger sollen gemeinsam stark für Familien arbeiten. Schulen müssen fit für die Zukunft sein – digital, offen, inklusiv. Lernen braucht moderne Räume, gute Technik und starke Teams. Schulsozialarbeit und OGS gehören dazu. Kinder aus armen Familien dürfen nicht abgehängt werden; sie brauchen gezielte Unterstützung und faire Chancen.

Max Dichant / *kandidiert als Landrat*

SPD

Wir haben die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche im Kreis weiterentwickelt und pädagogische Standards geschaffen. Dazu zählt der Jugendbus ninJA, der sich gezielt an queere Jugendliche richtet. Zukünftig wollen wir die mobile Jugendarbeit in den Gemeinden ausbauen. Wir unterstützen die Kommunen bei Offenen Ganztagschulen, um Standards bei Ausstattung, Essen und Fachkräften zu sichern. Für mögliche Fachkräfte legen wir ein eigenes Fortbildungsprogramm für die Arbeit in einer OGS auf.

Andi Krischer / *kandidiert als Landrat*



Position 8

Gut versorgt alt werden

Bei besonderen Bedarfen, wie Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, ist es Aufgabe der Kommunen, Sicherheit und Schutz zu gewährleisten und Gesundheitsversorgung und Pflege zu sichern.

Dabei ist die Förderung der Selbstbestimmung und der Erhalt der Selbstständigkeit hilfebedürftiger Menschen unbedingt zu berücksichtigen. Die Kommunen haben Einfluss auf die Bedingungen des Lebens und Wohnens im Quartier, die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe, die Erhaltung ortsnaher Arztpraxen und die Erhaltung der Mobilität.

Schon heute verzweifeln ältere Menschen an der zunehmenden Digitalisierung. Hier müssen mehr Möglichkeiten für die Gestaltung von „Lebenslangem Lernen“ für die ältere Generation geschaffen werden und Möglichkeiten erhalten bleiben, auch analog öffentliche Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Das Angebot an ambulanten, temporären und stationären Pflegeplätzen sollte so beschaffen sein, dass noch eine Auswahlmöglichkeit besteht und die Pflegebedürftigen ortsnah versorgt werden können. Mit Besorgnis sehen wir dabei auf den stetig steigenden Pflegekräftemangel.

SPD

Gute Pflege heißt: nah, bezahlbar, würdevoll. Ältere Menschen sollen so lange wie möglich zu Hause leben können. Dafür braucht es mehr ambulante Angebote und gute Beratung. Pflegekräfte brauchen faire Löhne, mehr Anerkennung und gute Arbeitsbedingungen – jetzt, nicht irgendwann.

Max Dichant / *kandidiert als Landrat*



Wir stärken die Gesundheitswirtschaft im Strukturwandel durch Fördermittel, innovative Angebote und mehr Mitspracherecht in der Gesundheitskonferenz. Wir fördern praxisnahe Ausbildung, starten ein Mentorenprogramm und informieren in Schulen über Karrierechancen im Gesundheitssektor. Für gute Pflege setzen wir auf ein kommunales Beratungszentrum, ambulante Dienste, Tagespflege, Hospize und mehr Ausbildungsplätze, um pflegebedürftige Menschen und ihre Familien bestmöglich zu unterstützen.

Astrid Hohn / *kandidiert als Bürgermeisterin in Kreuzau*



Wir wollen, dass Menschen im Alter selbstbestimmt und gut versorgt leben. Dazu gehören ortsnahe Arztpraxen, flexible Pflegeangebote und starke Quartiere mit Teilhabe. Wir fördern lebenslanges Lernen, auch digital, und erhalten analoge Zugänge. Der Pflegekräftemangel wird durch attraktivere Bedingungen und gezielte Ausbildung bekämpft. Unser Ziel: Freiheit, Mobilität und Sicherheit auch im Alter.

Freie Demokraten
FDP

Andrea Wolff / *kandidiert für den Kreistag*

Ortsnaher Wohnraum für Senioren, der sie in ihren Sozialbeziehungen belässt, entsteht durch öffentlich geförderten Wohnungsbau, räumlich differenzierte Pflegebedarfsplanung und Konzepte für Hinterbebauung in bestehenden Quartieren. Ein neu aufgestellter Nahverkehrsplan steht für bessere Erreichbarkeit im ÖPNV. Notfallversorgung und stationäre Behandlung sind gut organisiert im Kreis. Telemedizin und KI können uns in Einrichtungen und peripheren Bereichen die ärztliche Grundversorgung sichern.

Dr. Ralf Nolten / *kandidiert als Landrat*



CDU



www.wohlfahrt-dueren.de





Ehrenamt stärken

Menschen, die sich heute ehrenamtlich engagieren, haben genaue Vorstellungen, wo und wie sie sich einbringen möchten. Diese Wünsche und Vorstellungen mit den realen Möglichkeiten in Einklang zu bringen und hier vermittelnd tätig zu werden, ist eine Aufgabe, die Einfühlungsvermögen, fachliches Geschick und die Kooperation mit einem großen Netzwerk verlangt. Zusätzlich spielt auch die Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle. Die finanzielle Förderung der professionellen Unterstützung der Freiwilligenarbeit sehen wir als eine wichtige Aufgabe für die Zukunft unserer Region an.

CDU

Der Kreis Düren hat in die Unterstützung derartiger Netzwerke sehr investiert, auch über personale Verstärkung in den vielfältigsten Bereichen der „freiwilligen Leistungen“. Der weitere Ausbau dürfte wohl an der wirtschaftlichen Entwicklung und damit verbunden an den Kreisfinanzen hängen. Nicht alles Wünschenswerte ist leider auch machbar. Es bleibt aber beim Ehrenamtspreis für Soziales Engagement – dem Schaufenster der Vielfalt des Ehrenamts und bei der Kontakt- und Anlaufstelle.

Dr. Ralf Nolten / *kandidiert als Landrat*



Ohne Ehrenamt läuft nichts. Menschen, die sich einbringen, verdienen Respekt und Unterstützung. Wir wollen bessere Vernetzung, klare Ansprechstellen und mehr Wertschätzung – auch finanziell. Wer hilft, soll nicht kämpfen müssen – sondern Rückenwind bekommen. Überall im Kreis.

Max Dichant / *kandidiert als Landrat*

SPD

Die zentrale Kontaktstelle „Dein Ehrenamt“ bündelt im Kreishaus die Unterstützung für Ehrenamtliche, mit Weiterbildungen, Förderprogrammen und Beratung. Ehrenamtliche können Zertifikate für Bewerbungen erhalten, und über 60 Stellen im Kreis bieten Vergünstigungen mit der Ehrenamtskarte NRW. Wir fördern Engagement besonders im Bevölkerungsschutz, z.B. im Notfallbildungszentrum „Nobiz“ in Kreuzau, und motivieren Unternehmen, weitere Vergünstigungen anzubieten. Ehrenamt ist der soziale Kitt!



Chris Andrä / *kandidiert als Bürgermeister in Langerwehe*



Ehrenamt ist Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir wollen Engagement flexibel ermöglichen, professionelle Unterstützung sichern und Netzwerke stärken. Digitale Plattformen und gezielte Öffentlichkeitsarbeit sollen Helfende schneller mit Projekten verbinden. Durch klare Förderung schaffen wir Freiräume, damit Ehrenamt Vielfalt und Zusammenhalt stärkt – ein Plus an Freiheit und Miteinander im Kreis Düren.

Lena Spillner / *kandidiert für den Kreistag*

Freie Demokraten
FDP



www.wohlfahrt-dueren.de



Freie Wohlfahrtspflege Kreis Düren



Impressum

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren

c/o Caritasverband für die Region Düren-Jülich e.V.

Dirk Hucko (v.i.S.d.P.), Bonner Straße 32, 52351 Düren

Kontakt:

Telefon: +49 2421 481-0

Telefax: +49 2421 481-51

E-Mail: info@agfw-dueren.de

Auflage: 5.000 Stück

Gestaltung: Erik Lehwald, © Caritas Düren-Jülich, August 2025

Bildnachweis: Pixabay, iStock, Adobestock, Kreisverbände der Parteien, privat

Logos: Zentralen der Parteien und Wohlfahrtsverbände



Klimaneutral

Druckprodukt

ClimatePartner.com/12518-1907-1001

www.wohlfahrt-dueren.de

